

Informationsblatt zur Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen der Vergabe eines öffentlichen Auftrages

1. Name der Verantwortlichen	Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV) Körperschaft des öffentlichen Rechts Vorsitzender des Vorstandes Martin Hendges Behrenstraße 42, 10117 Berlin Telefonzentrale in Köln: Tel. 0221 / 4001 - 0 E-Mail: post@kzbv.de
2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten der KZBV	RA Christian Nobmann Behrenstraße 42, 10117 Berlin Tel. 030 / 28 01 79 - 64, Fax: 030 28 01 79 - 19 E-Mail: datenschutz@kzbv.de
3. Zweck und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung	Personenbezogene Daten werden zum Zwecke der Durchführung des Vergabeverfahrens und ggf. zur sich anschließenden Erfüllung des Vertrages verarbeitet. Die entsprechenden Angaben sind Voraussetzung für die Berücksichtigung der Bewerbung bzw. des Angebotes. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 lit. b, c, e EU-DSGVO i.V.m. § 3 BDSG, §§ 35, 43 UVgO.
4. Empfänger	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Beschaffungsstelle, die Direktion der KZBV und der Vorstand der KZBV, die Redaktion der zm sowie der geschäftsführende Vorstand und die zuständige Fachabteilung der Bundeszahnärztekammer (BZÄK) erhalten Zugriff auf die Daten. Eine weitergehende Übermittlung der Daten an Dritte findet nur statt, wenn dies gesetzlich erlaubt ist oder eine Einwilligung des Betroffenen vorliegt.
5. Dauer der Speicherung	Nach Abschluss des Vergabeverfahrens werden die Daten gemäß der vergabe- und haushaltsrechtlichen Fristen aufbewahrt und anschließend gelöscht.
6. Rechte des Betroffenen	Betroffene können folgende Ansprüche gegenüber der Verantwortlichen geltend machen: <ul style="list-style-type: none"> - Auskunftsrecht (Art. 15 EU-DSGVO) - Recht auf Berichtigung (Art. 16 EU-DSGVO) - Recht auf Löschung (Art. 17 EU-DSGVO) - Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 EU-DSGVO) - Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 EU-DSGVO) - Widerspruchsrecht (Art. 21 EU-DSGVO)
7. Widerrufsrecht bei Einwilligung	Soweit die Verarbeitung der Daten nicht auf gesetzlicher Grundlage, sondern mit einer Einwilligung des Betroffenen erfolgt, kann diese jederzeit durch formlose Erklärung gegenüber der Verantwortlichen widerrufen werden.
8. Recht auf Beschwerde bei der Datenschutzbehörde	Jede von der Verarbeitung betroffene Person hat nach Art. 77 EU-DSGVO das Recht auf Beschwerde bei der Bundesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, Graurheindorfer Straße 153, 53117 Bonn.